

PRESSEMITTEILUNG

SM

Erfolgreiche Bundesratsinitiative aus MV zur Verbesserung der sektorenübergreifenden Vernetzung an Krankenhausstandorten

Um allen Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft den Zugang zu einer qualitativ guten und umfassenden medizinischen Versorgung zu sichern, setzt sich die Landesregierung beharrlich für den Ausbau der sektorübergreifenden Vernetzung von ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen ein. Einen wichtigen Erfolg konnte das Land am (heutigen) Freitag im Bundesrat erzielen. Die Länderkammer beschloss auf Initiative Mecklenburg-Vorpommerns einen entsprechenden Entschließungsantrag.

Schwerin, 21. November 2025

Nummer: 299

„Angesichts der demografischen Entwicklung mit einer immer älter werdenden Bevölkerung, aber auch in Bezug auf den Generationenwechsel bei Ärztinnen und Ärzten und weiterem medizinischen Personal sind innovative Ideen notwendig, um den Herausforderungen gerade im ländlichen Bereich zu begegnen“, verdeutlichte Gesundheitsministerin Stefanie Drese die Ausgangslage.

Ein wesentlicher Baustein dafür sei die engere Zusammenarbeit der Akteure des ambulanten und des stationären Bereichs. „Der Aspekt der sektorübergreifenden Versorgung muss bei zukünftigen Entscheidungen umfassend einbezogen werden“, betonte Drese.

Vor allem an den Krankenhausstandorten muss nach Ansicht Dreses die ambulante Versorgungssituation betrachtet werden. Auf der anderen Seite wirke sich die stationäre Versorgung auch auf den ambulanten Bereich aus.

Der Beschluss des Bundesrats sieht vor, Sicherstellungskrankenhäusern die Möglichkeit zu eröffnen, in Planungsbereichen mit (drohender) Unterversorgung und besonderem lokalen Versorgungsbedarf für fünf Jahre den vollen Leistungsumfang bestimmter Fachgebiete erbringen zu dürfen. Zudem sollen Krankenhäuser mit Integrierten

Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-19003
E-Mail: alexander.kujat@sm.mv-regierung.de
Internet: www.sozial-mv.de

V. i. S. d. P.: Alexander Kujat

Notfallzentren in Gebieten ohne Zulassungsbeschränkung hausärztliche Versorgungsaufträge erhalten und etwa Ärzte anstellen dürfen.

„Dadurch können insbesondere in unterversorgten oder dünn besiedelten Gebieten Schwierigkeiten bei der Besetzung von Arztsitzen und der Versorgung von Patientinnen und Patienten begegnet werden“, verdeutlichte Drese. Dies zeige in besonderem Maß die Vorteile sektorenübergreifender Strukturen.

Drese: „Mit dem Aufgreifen unserer Initiative setzt der Bundesrat ein deutliches Zeichen für die Verbesserung und Vereinfachung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit. Wir erwarten, dass die Bundesregierung diesen wichtigen Aspekt bei künftigen Entscheidungen stärker und umfassend einbezieht, um eine zukunftssichere medizinische Versorgung bundesweit sicherzustellen. Eine gut funktionierende sektorenübergreifende Versorgung ist gerade für dünn besiedelte Flächenländer von hoher Bedeutung“, sagte Drese nach der Entscheidung des Bundesrates.